# Der Steinarbeiter

**Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands**

„Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31. Sonnabend, den 2. August 1919. 23. Jahrgang.


## Lohnbewegungen

Ueber den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten. Die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauersperren werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperre verlangt, so muß allwöchentlich darüber berichtet werden.

**Gesperrt** sind in **Ibbenbüren** Firma Braunschweig, in **Stettin** Werkplatz Gust. Görsch Söhne, **Bromberg** Firma Wodsack, **Schwäbisch-Hall** und Umgebung Firma Burrer.

**Oels** (Schlesien). Firma Seidel für Marmorarbeiter.

**Grünberg** (Schles.). Die Firmen Buckisch, Wengler, Fiedlers Nachf. weigern sich, den Sandsteinmetzen die Lohnaufbesserung zu bewilligen, wie sie die übrigen schlesischen Zahlstellen aufweisen. **Die Betriebe sind deshalb für Verbandsmitglieder gesperrt.**

**Stolp** i. Pom. Nach Stolp möge vorläufig jedes Arbeitsangebot abgelehnt werden, weil die Kollegen eine Erhöhung ihrer niedrigen Lohnsätze eingeleitet haben.

**Eberbach** (Baden). Auf die eingereichte Lohnforderung lehnten die Arbeitgeber eine Verhandlung ab. **Arbeitsangebote nach hier sind unter allen Umständen abzulehnen.**

**Braunschweig.** Der Streik dauert fort in sämtlichen Betrieben der Steinindustrie.

**Reinheim** (Odenwald). Wegen Lohnstreitigkeiten wurde im Granitwerk Wersau die Arbeit eingestellt.

**Maintalsandsteinarbeiter.** Der Schiedsspruch ist von den Unternehmern **nicht** anerkannt. **Es wurde deshalb die Arbeit eingestellt.** Seit März wird nun schon die Angelegenheit der notwendigen Lohnaufbesserung in dem Gebiet behandelt; trotz der minimalen Aufbesserungen im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten, lehnten die Arbeitgeber ab. Es kommen vorläufig folgende Orte in Frage: Dorfprozelten, Faulbach, Fechenbach, Reistenhausen, Bürgstadt, Eichenbühl, Miltenberg, Großheubach, Röllfeld, Kembach und Amorbach.

**Arnsdorf.** Nach kurzer Arbeitseinstellung wurde der Breslauer Schiedsspruch seitens der Unternehmer auch für den Oberlausitzer Bezirk anerkannt.

**Erfurt.** Der Streik wurde mit Erfolg beendet. Die Arbeit ist am 24. Juli wieder aufgenommen.

**Oberpeilau.** Auf dem Verhandlungswege mit den Firmen Thust und Teich wurden erneut 20 Prozent Lohnerhöhungen im Durchschnitt erreicht.

**Heppenheim** (Odenwald). Auf den bestehenden Tarif wurden folgende Zuschläge erreicht: Auf Bauarbeit 15 Proz., Denkmalarbeit 10 Proz., auf eingesetzte Flächen weitere 40 Prozent; auf Randsteine und Pflastersteine 10 Prozent auf den Grundlohn. Für Hilfsarbeiter eine Aufbesserung von 3 Pf., für alle anderen Arbeiter 5 Pf. pro Stunde.

**Demnitz.** Für die Kollegen der Lausitzer Pflastersteinund Granitwerksteinbetriebe wird ab 1. August die Teuerungszulage von 115 auf 150 Prozent erhöht. Die Grundlöhne der Hilfsarbeiter wurden ebenfalls aufgebessert. Die Abmachung hat für 2500 Kollegen Gültigkeit.

**Für die Granitschleifereizahlstellen** hat der Verbandsvorstand beantragt, daß ab 15. Juli die Zulagen um 20 Proz. und ab 15. August nochmals um 10 Prozent erhöht werden sollen. Der Verband Deutscher Granitwerke wird in den nächsten Tagen zu diesem Antrage Stellung nehmen.

**Schriesheim.** Die Lohnstreitsache mit dem Porphyrwerk-Edelstein konnte, ehe es vor dem Schlichtungsausschuß zum Austrag kam, mit der Firma am 15. Juli zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt werden.

**Wismar.** Der Stundenlohn beträgt jetzt 2.50 M., bei Ueberstunden 3 M.

**Bayrischer Wald.** Am 28. Juli fällte der Schlichtungsausschuß zu Passau nach schwierigen Verhandlungen in der Lohnfrage einen Schiedsspruch, der am 7. August in Kraft treten soll. Der genaue Wortlaut der Entscheidung liegt beim Redaktionsschluß noch nicht vor.

**Schwerin.** Der Stundenlohn für Steinmetzen und Schleifer wurde auf 2.10 M. erhöht.

**Liegnitz.** Der Betrieb der Firma Wilhelm Born, Grabsteinwerke, ist für Sandsteinmetzen gesperrt wegen Nichteinhaltung der abgeschlossenen Verträge. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß war erfolglos, ebenso eine Einigungsverhandlung bei dem Gewerbegericht.

## Vom Einkommen.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Durch die großen Vermögensschiebungen und durch die Verteuerung aller wirtschaftlichen Güter ist der Sinn für Einkommensfragen außerordentlich geschärft worden. Der Krieg hat keinen neuen Reichtum gebracht, wie es den Anschein haben könnte. Seine Spuren zeigen Verbrauch und Vernichtung. Es ist Mangel an allem vorhanden, und weil es an allem fehlt, kann die Allgemeinheit auch weniger erhalten. Alles ist wertvoller, teurer geworden, nur ein kleiner Teil unserer Volksangehörigen hat gewonnen, alle übrigen haben verloren. Im allgemeinen sind wir zurückgekommen.

Auf zwei Arten kann die Allgemeinheit wieder zu etwas kommen. Die Kriegskosten müssen hauptsächlich die Gewinnler tragen und wir müssen mehr arbeiten. Erarbeiten aber soll keineswegs nicht sagen, daß wir uns lange Zeit hinaus abplagen und abschinden sollen, sondern daß wir Mittel und Wege finden müssen, die Erträgnisse zu steigern; das ist durch bessere Arbeitsweisen und durch zweckmäßigere Ausnutzung der Naturkräfte möglich. Sobald wir mehr erwirtschaften, können wir auch wieder mehr verteilen. Aber schon jetzt müssen wir eine gerechtere Verteilung erstreben und durchzusetzen suchen. Ein alter Erfahrungssatz besagt: Das Maß dessen, was der einzelne erhält, ist von der jeweiligen Rechtsordnung und von der Tatkraft abhängig, die der einzelne im Rahmen der Volkswirtschaft zu entfalten imstande ist.

Alles Einkommen läßt sich in drei Gruppen zusammenfassen, in Einkommen, das aus der Arbeit fließt, in Besitzeinkommen und in Unternehmereinkommen. Im Besitzeinkommen ist das Einkommen aus Kapital und aus Grund und Boden (Grundrente) enthalten. Einkommen ist die Summe der Güter, die der Wirtschaftende in einem gewissen Zeitraum zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verwenden kann, ohne seine anfängliche Vermögenslage zu verschlechtern. Erbschaften, Schenkungen u. a. sind keine Einkommen in dem von uns bezeichneten Sinne. Sie bilden privatwirtschaftlich einfach Vermögensvermehrungen für den einzelnen, und volkswirtschaftlich betrachtet sind sie bloße Vermögensübertragungen von einem zum andern, ohne den Volksreichtum irgendwie zu verändern. Der Höhe des Einkommens werden im allgemeinen die Ausgaben angepaßt. Steigen die Einnahmen, so werden Bedürfnisse befriedigt, die vorher nicht oder nur teilweise befriedigt werden konnten und umgekehrt, bei einer Verminderung der Einnahmen wird der Wirtschaftende zuerst die weniger dringlichen Bedürfnisse einschränken.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß alles Einkommen nur der Bedürfnisbefriedigung dient oder dienen soll. Es dient auch zum Teil der Kapitalbildung. Trotzdem ist der Vermögenszuwachs, der aus frei verfügbaren Mitteln entstanden ist, nach unserer Erklärung, Einkommen. „Wer jährlich 15 000 Mark zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verbraucht hat, und außerdem 5000 Mark neu in Staatspapieren hat anlegen können, hat ein Einkommen von 20 000 Mark bezogen."

Eine sehr bedeutungsvolle Einteilung ist die in ursprüngliches und in abgeleitetes Einkommen. Ursprüngliches Einkommen beziehen die direkt an der Gütererzeugung Beteiligten: die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, die unmittelbar in der gütererzeugenden Erwerbswirtschaft tätig sind. Abgeleitetes Einkommen sind die Zinsen von Schulden, die für den Verbrauch aufgenommen sind; Einkommen aus Spekulationsgeschäften ist ebenfalls abgeleitetes. Auseinanderhalten muß man hier die abgeleiteten Einkommen, die scheinbar außerhalb des wirtschaftlichen Verkehrs stehen (Staats-, Kommunalbeamten), und das abgeleitete Einkommen der Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Schriftsteller usw., die oft sehr von der jeweiligen Geschäftslage betroffen werden. Das Einkommen der Staats- und Kommunalbeamten verändern sich zwar nicht so, wie das der freien Berufe, aber ihre Einkommen wird doch von der sinkenden oder steigenden Produktivität beeinflußt.

Man hat das Volkseinkommen zwar häufig „berechnet". Genau genommen kann man allenfalls nur von Schätzungen mit mehr oder minder zutreffenden Voraussetzungen sprechen. Es sei hier beispielsweise auf folgendes hingewiesen: Der Wert für Grund und Boden ist in den Großstädten sehr gestiegen; die Mieten für die Geschäfts- und Wohnhäuser ebenfalls. Daß derartige Steigerungen aber keine Erhöhung des Volksvermögens oder Volkseinkommens bedeuten, ist unschwer zu erkennen. Was der eine an Mieten mehr erhält, das muß der andere mehr bezahlen. Es tritt nur eine Verschiebung ein, von einer wirklichen Erhöhung des Volkseinkommens ist nichts zu sehen. Wir stimmen da mit Jentsch überein: Mit der Ziffer des Volkseinkommens ist gar nichts gesagt, wenn man nicht die wirkliche Lage der verschiedenen Volksschichten kennt. Viel wichtiger ist, welche Gütermassen uns zur Verfügung stehen, und wie diese den einzelnen zugänglich sind.

Das eine ist sicher: wenn der gesamte Ertrag der Volkswirtschaft sehr gering ist, dann kann auch der Volkswohlstand nicht groß sein. Aber im gesamten können sehr viele Güter für die Bedürfnisbefriedigung vorhanden sein, und zu derselben Zeit kann in demselben Lande bei manchen Volksschichten Mangel am Notwendigsten sein. Wichtiger als die Frage nach der Höhe des Gesamteinkommens ist demnach die Frage: Wie wird das Einkommen unter den Volksgenossen verteilt? Sehr ungleichmäßig, könnte man darauf erwidern und hinzufügen: Nicht immer nach Gerechtigkeit und Leistung. Das Pferd, das den Hafer verdient, bekommt ihn häufig nicht. So ist es auch im Wirtschaftsleben. Warum dies so ist, soll im folgenden besprochen werden.

Im Zeitalter der Freizügigkeit und der freien Konkurrenz spielt auch das Angebot und die Nachfrage eine erhebliche Rolle bei der Bewertung der „Ware Arbeitskraft". Je schwerer eine bestimmte Arbeit zu erlangen ist, ein desto höherer Lohn muß dafür bezahlt werden. Gelernte Arbeiter erhalten deshalb höhere Löhne als ungelernte; angelernte (solche, die in einigen Wochen oder Monaten für eine bestimmte Arbeit abgerichtet werden) höhere, als gänzlich ungelernte. Das Bestreben der Unternehmer, die nach höchstem Gewinn streben, geht dahin, die gelernten Arbeiter durch die angelernten zu ersetzen. Denn je weniger sie an Arbeitslöhnen und Gehältern zu bezahlen haben, um so größer ist ihr Gewinn. Das entgegengesetzte Interesse haben Angestellte und Arbeiter. An Stellen, wo die größten Löhne gezahlt werden, da drängen sie sich zu sammen. Infolge des großen Andranges sinken die Löhne und aus diesem Grunde läßt der Andrang wieder nach. Wir sehen hier ein ständiges Hin- und Herschwanken von Gewerbe zu Gewerbe und den jeweiligen Geschäftsaussichten.

Man spricht von der „Ware Arbeitskraft", aber die Arbeitskraft des Menschen ist doch an ganz andere Voraussetzungen gebunden, als die Ware im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Der eine muß familiärer Rücksichten wegen an einem bestimmten Ort und einer Arbeitsstätte bleiben, der andere glaubt, daß ihm ein Wechsel für spätere Jahre Schaden bringen würde. Ein Umzug ist mit größeren Kosten und mit Zeitversäumnis verbunden usw.

Alles dies ist der Aufsuchung des zahlungsfähigsten Marktes hinderlich.

In der Lohnbestimmung gibt es eine obere und eine untere Grenze. Der Fall ist denkbar (wenn auch nicht allzuhäufig), daß ein Unternehmer keinen höheren Lohn mehr bezahlen kann, ohne die Fortführung des Unternehmens in Frage zu stellen. Ebenso kann der Lohn auf eine so tiefe Stufe sinken, daß es kaum noch möglich ist, das Leben zu fristen. Unter solchen Verhältnissen werden es die davon Betroffenen vorziehen, sich in einem andern Gewerbe oder an anderen Orten anzusiedeln.

So schwanken die Löhne zwischen den beiden Polen; dem Mindestmaß des zum Leben Notwendigen, und der Möglichkeit, die Löhne noch ohne Verlust tragen zu können. Eine Zeitlang glaubte man, diese Schwankungen durch gesetzliche Lohnfestsetzungen ausschalten zu können. Der aufkommende Kapitalismus hat aber damit aufgeräumt. Als die Löhne aber sehr stark zu sinken anfingen, tauchte die Meinung auf, es sei ein wirtschaftliches Gesetz, daß auch der Lohn des Arbeiters dem niedrigsten Stande zustrebe. Unter den Namen „ehernes Lohngesetz" kennen wir diese Anschauung.

Die Theorie des ehernen Lohngesetzes ist heute aufgegeben, wenigstens als allgemeine Lohntheorie, aber „als Feststellung einer für die untersten Schichten der Arbeiter geltenden Tatsache hat sie Geltung" (Philippovich). Auch die Lohnfondstheorie (von Senior und Mill) ist in der Hauptsache falsch. Diese beiden glauben, daß das für die Auszahlung der Arbeiter bestimmte Kapital begrenzt sei, zu einer bestimmten Zeit eine feste Größe sei (der Lohnfonds), und daß sich danach die Lohnzahlung bestimme. Sie werde sich richten nach der Zahl der Arbeiter, die aus dem Lohnfonds ihr Einkommen beziehen müssen. Mit ihrer Vermehrung bei gleichbleibendem Fonds müsse der Durchschnittslohn sinken, mit ihrer Annahme steigen. Ein Körnchen Wahrheit enthält diese Theorie. Nämlich wirtschaftlich sind alle Einkommen begrenzt durch die vorhandenen Gütervorräte und die Produktionsbedingungen für ihren Ersatz und ihre Erweiterung. Die Lohnfondstheoretiker haben aber gänzlich übersehen, daß zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter noch eine Gruppe von Menschen ist, die Lohnerhöhungen mittragen hilft: die Konsumenten, und auf diese wird der Unternehmer etwaige Mehrbelastungen für ihn abzuwälzen suchen. Hier sind zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer insofern gemeinsame Interessen vorhanden, als beide bessere Bedingungen herausschlagen können, ohne sich als Gegner gegenübertreten zu müssen.

Hier darf wohl eingeschaltet werden, daß höhere Löhne auch fast durchweg höhere Leistungen zur Folge haben. Abbe hat im Zeißwerk in Jena durch einwandfreie Untersuchungen festgestellt, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit die Leistungen nicht verminderte (der Uebergang von der neun- zur achtstündigen Arbeitszeit brachte sogar eine kleine Vermehrung der Leistung). Dieses Ergebnis ist durch andere Untersuchungen wiederholt bestätigt worden.

Daß an Stelle des Naturlohnes der Geldlohn treten soll, daß das Trucksystem (der Zwang, Naturalien und Waren vom Unternehmer zu nehmen) verboten sein muß, ist nicht besonders zu betonen.

Nach den heute üblichen Entlöhnungen kommen Zeit- und Akkordlöhne in Betracht. Die Arbeiter (soweit sie organisiert sind) sind der Akkordarbeit nicht sehr hold. „Akkordarbeit ist Mordarbeit" sagen sie. Die Bezahlung nach Stücken führt leicht zu einer Ueberspannung der Arbeitskräfte, und das Mißtrauen gegen sie ist vielfach berechtigt, weil die Akkordsätze für die einzelnen Stücke fast immer herabgesetzt werden, wenn der Akkordarbeiter erheblich über den Durchschnitt hinaus verdient. Solche Herabsetzungen machen böses Blut.

In Amerika kennt man mehr Entlohnungsmethoden als bei uns. So z. B. die Zeitersparnisprämie und das Gantsche Lohnverfahren. In dem ersten Fall erhalten die Arbeiter Stundenlohn, aber für jede zu leistende Arbeit ist eine Normalzeit festgesetzt. Wird diese überschritten, so erhält der Arbeiter 50 Prozent des ersparten Lohnes. Das Gantsche Lohnverfahren gibt den Leuten in jedem Fall den üblichen Stundenlohn, läßt ihnen jedoch bei Einhaltung der vorgeschriebenen Zeit einen Lohnaufschlag von meist 35 Prozent zugute kommen.

Eine andere Form der Entlohnung ist die der gleitenden Skala, die im englischen Bergbau eine gewisse Rolle spielte. Man ging von einem Normallohn aus, vereinbarte aber höhere oder geringere Zuschläge, je nach dem die Kohlen im Preise steigen oder fallen würden.

Beteiligung am Gewinn sei richtiger, als das System der gleitenden Skala, behauptet man. Die älteste Form der Gewinnbeteiligung ist die sogenannte Teilpacht oder der Teilbau. Diese Form ähnelt zwar schon der des Eigenwirtschafters, sie hat aber mit der Form des am Gewinn beteiligten Arbeiters gemeinsame Züge. Beim Teilbau (besonders in Frankreich und Italien üblich) stellt der Grundbesitzer den Boden und das Inventar, der Teilpächter seine und seiner Familie Arbeitskraft. Der Teilpächter wirtschaftet auf eigene Kosten, muß sich aber vom Verpächter Vorschriften über die Wirtschaftsführung machen lassen. Den Ertrag erhalten beide je zur Hälfte (in natura). Diese Entlohnungsform hat den Kleinbetrieb zur Voraussetzung.

In gewerblichen Betrieben hat man mehrfach Versuche mit der Gewinnbeteiligung gemacht. Einige haben sie als die Lösung der sozialen Frage gepriesen, aber damit keinen allzu großen Anklang gefunden. Der der Gewinnbeteiligung zugrunde liegende Gedanke, Angestellte und Arbeiter fester mit dem Unternehmen zu verbinden, indem diese außer dem Gehalt oder Lohn noch am Gewinn beteiligt werden, ist praktisch nicht häufig verwirklicht worden.

Etwas anderer Art ist die Kapitalsbeteiligung der Angestellten und Arbeiter an dem Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind. Verwirklicht ist diese Form der Arbeiter-Aktionärschaft besonders beim amerikanischen Stahltrust. Die Angestellten werden in sechs Gehaltsklassen eingestellt. (Die erste erhielt 20 000 Dollar, die letzte 800 Dollar.) Man bot ihnen die Aktien des Unternehmens zu 82,50 Dollar (etwas weniger als der damalige Börsenkurs) in der Weise an, daß die erste Klasse 5 Prozent des Gehalts, die zweite 8 Prozent, die letzte Klasse 20 Prozent zeichnen durfte. Nach der völligen Bezahlung konnten die Arbeiter die Aktien beliebig veräußern. Um aber die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wurde für jede Aktie, die im Anfang eines Jahres im Besitz eines im Dienste der Gesellschaft stehenden Arbeitnehmers vorhanden war, 5 Dollars, und zwar 5 Jahre lang, gezahlt.

Inwieweit die Fachverbände (die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen) auf die Verteilung des Arbeitsertrages Einfluß gewonnen haben, kann in diesem Zusammenhang nicht eingehend erörtert werden. Die einen glauben ihr Ziel gemeinsam mit den Arbeitgebern erreichen zu können (die paritätischen Vereine und Verbände), die andern stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Wie immer man sich zu diesen Kämpfen stellen mag, das eine ist immer zu bedenken: Wir streben alle nach der Verbesserung unserer Lebensbedingungen und es wäre sehr sonderbar, wenn gerade die am wenigsten Begüterten sich davon ausschließen würden. Ein zeitweiliger Wirtschaftsfrieden wird durch die Tarifverträge herbeigeführt. Zwischen den Unternehmerverbänden und den Arbeitnehmerverbänden werden Abmachungen über die Arbeitszeit, den Arbeitslohn usw. getroffen, die für eine bestimmte Zeit Geltung haben.

Das Einkommen, das aus Besitz fließt, kann aus einer Rente und aus Zins bestehen. Bei dem Unternehmereinkommen muß man auseinanderhalten, ob es aus der Arbeit des Unternehmers oder aus seinem in den Anlagen steckenden Kapital stammt. Das eine Einkommen ist ein Arbeitseinkommen und das andere Rente. Wenn ein Gutsbesitzer alle Anordnungen für seinen Betrieb selbst trifft und deren Durchführung überwacht, seine Rechnung selbst führt, den Verkauf selbst besorgt usw., dann ist fast alles Arbeitslohn und kaum etwas von Rente vorhanden. Wenn er aber, fernab von seinem Gut, alles von andern besorgen läßt, so bezieht er sein Reineinkommen als Rente. Nicht immer aber sind die Formen dieser Einkommen so klar erkennbar. Rente und Arbeitslohn sind häufig so ineinander verwoben, daß nur das geschulte Auge beide Arten erkennen kann.

Also: das Unternehmereinkommen kann Arbeitseinkommen oder Renteneinkommen sein, oder beide Formen sind eng miteinander verschlungen. Lohn, Rente und Zins (diese als Besitzeinkommen, ohne eigene produktive Tätigkeit) sind ausbedungene Einkommen, Ergebnisse von Preisvereinbarungen (wie der Wiener Volkswirtschaftslehrer Philippovich sagt) der Besitzer von Arbeitskraft, Boden, Kapital mit dem

Unternehmer. „Das Unternehmereinkommen dagegen ist auf eigene Rechnung erworbenes Einkommen." Woraus setzt sich dieses Unternehmereinkommen zusammen? Halten wir uns dabei an die üblichen Ausdrücke, so gewinnen wir diese Ergebnisse:

An erster Stelle wäre der Unternehmerlohn zu nennen, jener Teil des Einkommens, der als Vergütung der von dem Unternehmer geleisteten Arbeit angesehen werden kann (würde etwa den Vergütungen entsprechen, die leitende Personen erhalten, Direktoren, Prokuristen). Dann käme der Kapitalgewinn der Unternehmer, der aus dem in den Anlagen angelegten Kapital stammt arbeitsloses Einkommen). Der landesübliche Zins plus einer Risikoprämie für die Gefahr des Kapitalverlustes in der Unternehmung wird als regelmäßiger Bestandteil des Unternehmereinkommens betrachtet. Als Unternehmereinkommen wird der Teil betrachtet, der Unternehmerlohn und Kapitalgewinn übersteigt. Soweit der Gewinn aus arbeitslosem Einkommen besteht, sprechen die Marxisten vom Mehrwert als einem Teil des Einkommens, der eigentlich den Arbeitern gehört, auf den sie aber verzichten müssen, weil sie nicht im Besitz der Produktionsmittel sind. Damit wollen sie aber nicht sagen, daß die Unternehmer der heutigen Wirtschaftsordnung ohne Gefahr für die Fortexistenz des Betriebes darauf verzichten könnten, sondern damit wird erkenntnismäßig die Tatsache des arbeitslosen Einkommens festgestellt. Hier treffen sie durchaus mit unseren hervorragendsten bürgerlichen Nationalökonomen zusammen; aber darin unterscheiden sich die beiden Lehrmeinungen, daß die Marxisten eine grundlegende Aenderung befürworten, während die andern das System an sich (so wie es heute ist) für durchaus gesund erklären, aber die Auswüchse und Mißstände für abänderungsbedürftig erklären. Adolf Wagner, Schmoller, Brentano, Philippovich, Lexis u. a. vertreten die eben ausgesprochene Meinung.

Eine dritte Gruppe von Nationalökonomen (Jul. Wolf, Ehrenberg, Ludw. Pohle z. B.) nehmen zu diesen Dingen eine andere Stellung ein. Diese alle betonen (jeder vielleicht etwas vom andern abweichend, aber in der Hauptsache wohl übereinstimmend) sehr scharf, daß die Stellung des Unternehmers im heutigen Erwerbsleben unterschätzt würde. Demgegenüber darf wiederum nicht übersehen werden, daß selbst die genialste Unternehmertätigkeit nicht viel zu bedeuten hat, wenn niemand zu ihrer Ausführung vorhanden wäre. Das klar und deutlich ausgesprochen zu haben, ist das Verdienst von Ernst Abbe, dem genialen Erfinder und erfolgreichen Unternehmer. Er hat darauf hingewiesen, daß im großen ganzen Posten im Unternehmergewinn seien, die ganz außer jedem möglichen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung stehen, und mit persönlicher Tätigkeit und persönlichem Verdienst der Unternehmer gar nichts zu tun haben. Ferner hat er zu bedenken gegeben, daß auch der Arbeiter sich als Geber hinstellen könnte, indem er dem andern sagt: für die Arbeitsgelegenheit gebe ich dir Unternehmungsgelegenheit, ohne welche du ja ebenfalls nichts zu leben hättest. In diesem Zusammenhange führt er noch aus: „Jeder kann ein begonnenes oder seit langer Zeit schon bestehendes Unternehmen so lange fortsetzen, als es ihm noch genügend Vorteil zu bringen scheint; und wenn er meint, daß er auf andere Art sich besser stehen werde, etwa, indem er seinen bis dahin gewonnenen Erwerb größer werdendem Risiko entzieht, so kann er zuschließen und die, welche inzwischen von solchen Unternehmen abhängig geworden sind, mögen sehen, wo sie bleiben." Günstigen Geschäftsgang könne er ausnutzen (große Ueberschüsse erzielen), bei Krisen und Störungen den Betrieb aber einschränken, und nach Belieben Arbeiter entlassen. Niemand könne ihm zumuten, frühere Gewinne herauszugeben, um andern über die Krise hinwegzuhelfen. Soweit nicht die sozialpolitischen Gesetze eingreifen, könne er die in seinem Dienst verbrauchten Arbeitskräfte oder sonst arbeitsunfähig Gewordenen der Fürsorge der Gemeinde überlassen.

Ob er dies tut, ist eine andere Frage. Er soll es nicht tun; da wir ihn jedoch daran nicht hindern können, und das Allgemeinwohl auf dem Spiele steht, so bleibt nur der Ausweg einer besseren Verteilungspolitik.

Zusammenfassend kann man sagen: Leistung und Einkommen (oder die Einkommensverteilung) befinden sich sehr oft in einem unrichtigen Verhältnis zueinander.

Und weil das Maß dessen, was der einzelne erhält, von der jeweiligen Rechtsordnung und von der Tatkraft abhängig ist, die der einzelne im Rahmen der Volkswirtschaft zu entfalten imstande ist, so ist der Weg der Besserung vorgezeichnet.

# Ein Beitrag zum Sozialisierungsproblem.

Zur Sozialisierungsfrage wird viel geschrieben von Berufenen und Unberufenen, und es muß konstatiert werden, daß recht wenige Abhandlungen darunter sind, die sich durch Klarheit abheben. Es kann deshalb ruhig gesagt werden, daß mindestens die Hälfte dieser Sozialisierungs-Schreiberei recht krauses Zeug ist und seinen eigentlichen Platz nur im Papierkorb finden sollte. Gierig wird speziell von der Arbeiterschaft nach jeder solcher Schrift gegriffen und man hört folgedessen sehr oft in persönlichen Unterhaltungen die konfusesten Auffassungen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen niemals in Einklang zu bringen sind. Nun hat der Genosse Karl Wiesenthal in der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke" vom 7. Juni einen Artikel zum Sozialisierungsproblem veröffentlicht, der sicher mit Interesse zu lesen ist. Es haben ganz vereinzelte Unternehmungen in der Steinindustrie die Absicht kundgegeben, solange die sogenannte „Vollsozialisierung eben ein Problem ist und infolge der deutschen Wirtschaftsverhältnisse auch vorläufig ein solches bleiben wird, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in irgendeiner Form herbeizuführen. Einmal um die Arbeitsfreudigkeit der für den Betrieb in Frage kommenden Arbeiterschaft zu heben, ihr lebhaftes Interesse am Betrieb und seiner Entwicklung zu sichern, und der Betriebsinhaber will dabei selbst sich den Zeitansprüchen fügen. In dieser Hinsicht verdient der erwähnte Artikel gewiß Beachtung, wir bringen ihn deshalb vollinhaltlich zum Abdruck, ohne uns damit auf seine Einzelheiten festzulegen:

„Seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes von Karl Marx haben sich ungezählte Geister mit dem Gedanken beschäftigt, wie ist der erzielte Mehrwert des Unternehmens am gerechtesten zu erfassen und zu verteilen. Alle gegenwärtig diskutierten Sozialisierungsprobleme, auch die sogenannte Verankerung des Rätesystems in der Reichsverfassung, haben den großen Fehler, daß sie das Interesse und die Arbeitsfreudigkeit des Unternehmers lahmlegen. Die Folge aller dieser Vorschläge, wenn dieselben in irgendeiner Form Gesetz würden, wäre die langsame, schrittweise, aber sichere Vernichtung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Um dies zu verhindern, erlaube ich mir, einen Gedanken der öffentlichen Diskussion zu unterbreiten, welcher allen anderen Vorschlägen gegenüber zwei wesentliche Vorteile hat:

1. wird die Initiative des Unternehmers nur in ihren Auswüchsen etwas beschnitten, sonst aber erhalten,

2. bei der gesamten Arbeitnehmerschaft wird das Bewußtsein großgezogen, Miteigentümer der Unternehmen zu sein.

Bei der Kompliziertheit des deutschen Erwerbs- und Wirtschaftslebens, welches ich seit 30 Jahren eingehend beobachtet habe, und in welchem ich heute noch mitten drin stehe, wage ich nicht zu behaupten, daß in einem Zeitungsartikel dieses Problem erschöpfend behandelt werden kann.

Was ich aber mit meinen Zeilen veranlassen will, ist, daß die hier ausgesprochenen Gedanken, unter der Leitung des Reichswirtschaftsamtes, im Kreise sachverständiger Männer derart weiterberaten werden, daß sie die Grundlage zu einem Gesetz abgeben können, welches zur Beruhigung und zum vertrauensvollen Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in unserer neuen Republik die Veranlassung sein wird.

Ich will versuchen, die Gedanken an einem Beispiel der Allgemeinheit verständlich zu machen:

In einem Betriebe, in welchem 20 Arbeitnehmer beschäftigt sind, hat der Fabrikant ein Betriebskapital von 100 000 Mark investiert. Die 20 Arbeiter und Angestellten erhalten zusammen an Lohn und Gehalt pro Jahr 80 000 Mark. Der Fabrikant erhält für Leitung seines Betriebes ein Gehalt von 18 000 Mark. Nach Abzug aller Handlungsunkosten verbleibt beim Jahresabschluß ein Rohgewinn von 29 700 Mark. Von diesen 29 700 Mark erhält der Fabrikant auf sein Betriebskapital 5 Prozent Verzinsung, jeder Arbeiter oder Angestellte und auch der Fabrikant erhalten für ihren Jahreslohn oder Jahresgehalt gleichfalls eine Verzinsung von 5 Prozent, das sind 9900 Mark, bleibt ein Reingewinn von 19 800 Mark, das macht bei einem Betriebskapital (Lohn- und Gehaltssumme) von 98 000, zusammen 198 000 Mark oder pro Mark 10 Pfennig. Es würde also der Reingewinn eine Verzinsung des Betriebskapitals von 10 Prozent darstellen. Gleichzeitig würde das imaginäre Beteiligungskapital, bestehend aus der Jahreslohnsumme der Arbeitnehmer bzw. des Gehalts der Beamten und des Arbeitgebers mit 10 Prozent Reingewinn beteiligt sein.

Damit nicht kleinliche, durch vielleicht mangelhafte kaufmännische Schulung mögliche Reibungspunkte entstehen, wäre es notwendig, daß die Gewerkschaften der Arbeitnehmer berechtigt sind, die Jahresabschlüsse der Betriebe durch von ihnen zu bestimmende beeidigte Bücherrevisoren zu prüfen.

Ich betone nochmals, bei diesem System würde der Arbeitgeber das Interesse an der Ausbreitung und Vergrößerung des Betriebes behalten und der Arbeitnehmer allmählig das Bewußtsein bekommen, er ist im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit, die in seinem Lohn ausgedrückt wird, ein ebenso wichtiges Glied des Betriebes, wie der Arbeitgeber.

Da wir in den nächsten Jahren sicherlich in vielen Industrien mit Unterbilanz wirtschaften werden, würde die von mir vorgeschlagene Beteiligung der Arbeiter aber auch die Möglichkeit der Deckung und Wiederabtragung von aufzunehmenden Schulden ermöglichen, an der, bei dem jetzt geplanten Rätesystem, kein Arbeitgeber ein Interesse hat, die Verantwortung zu übernehmen und kein Kapitalist Vertrauen haben wird, Darlehen zu geben.

Die zur Deckung einer Unterbilanz notwendigen Kapitalien müßten nach meinem Vorschlag durch selbstschuldnerische Bürgschaft des Arbeitgebers und Verpfändung von Betriebseinrichtungen usw. ermöglicht werden. Die Verzinsung und Abtragung ist bei Erreichung und Erzielung von späteren Ueberschüssen derart vorzunehmen, daß während der Abzahlung weder Verzinsung des Betriebskapitals, des imaginären Beteiligungskapitals, noch Reingewinn gezahlt werden darf.

Bei einigermaßen gutem Willen würde es einer kleinen Kommission sehr leicht gelingen, einheitliche Grundsätze für das ganze Erwerbsleben derart festzustellen, daß die speziellen Berufsgruppen die Ausführungenbestimmungen aufstellen können, welche dann unter Leitung des Reichswirtschaftsamts und des Reichsfinanzministeriums festgelegt werden.

Zur Vorberatung der Richtlinien dürften vielleicht drei Vertreter der deutschen Arbeitnehmerverbände, drei Vertreter der deutschen Arbeitgeberverbände, drei Vertreter der Angestelltenverbände, drei Vertreter der Handelskammern und zwei oder drei Vertreter der Reichsregierung nötig sein.

Diese Art der Interessierung am Unternehmen würde in den Massen der Arbeitnehmer in kurzer Zeit das Selbstvertrauen derart stärken, daß sie sich nicht mehr als moderne Lohnsklaven, sondern als gleichberechtigte Bürger unseres neuen deutschen Freistaates fühlen werden.

# Zur Frage der Arbeiterkontrolleure in der Steinindustrie.

Unseren Verbandsmitgliedern ist bekannt, daß die Arbeiter der sogenannten Gefahren-Industrie in der Unfallversicherung schon seit Anfang der neunziger Jahre bei allen ihnen sich bietenden Gelegenheiten die begründete Forderung gestellt haben, praktisch geschulte Kontrolleure aus den in Frage kommenden Berufen anzustellen, um so bei der Ueberwachung der Betriebe wirkungsvoll mitarbeiten zu können. Im Baugewerbe ist diesem Verlangen zum Teil Rechnung getragen. Neuerdings sind für Baden drei Arbeiterkontrolleure in die Gewerbeinspektion berufen worden, darunter ein Bauarbeiter. In Bayern und Württemberg sind nach den Unterlagen sehr günstige Erfahrungen mit Arbeiterkontrolleuren gemacht, schon vor der Kriegszeit. Unsere Organisation hat seit Jahren die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren bei der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft gefordert. Die Eingaben zu dieser Forderung an das Reichsversicherungsamt, an die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft und ihre 10 Sektionen, datieren aus den Jahren 1917 und 1918. Das Resultat war schließlich, daß die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft sich nicht direkt ablehnend verhielt, sondern gemäß ihren Satzungen es den einzelnen Sektionen überließ, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. Allerdings nicht in der von uns gewünschten Form, sondern die Genossenschaftsversammlung hatte dazu folgende Leitsätze aufgestellt:

„Es ist zweckmäßig, wenn den technischen Aufsichtsbeamten bei Betriebsrevisionen im Bedürfnisfall tüchtige erfahrene Meister oder Arbeiter als Gehilfen beigegeben werden derart, daß die betreffenden Meister oder Arbeiter nicht aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis losgelöst, sondern beurlaubt und für die Zeit von der Sektion entschädigt werden. Die Auswahl dieser Arbeitervertreter bleibt natürlich dem Sektionsvorstand überlassen".

Nun hat in neuerer Zeit, im Juni, die Sektion VIII (Breslau) zur Frage der Anstellung von Gehilfen der technischen Aufsichtsbeamten aus den Arbeiterkreisen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiterschaft als technische Aufsichtsbeamte auf Kosten der Sektion abzulehnen.

In allen Betrieben, in denen Arbeiterausschüsse nach den gesetzlichen Bestimmungen bestehen oder bestehen sollen, sollen dem Sektionsvorstand die Mitglieder der Ausschüsse bzw. drei bis sechs Vertrauensmänner namhaft gemacht werden. Aus diesen Personen wählt der Sektionsvorstand einen Gehilfen des technischen Aufsichtsbeamten und einen Stellvertreter. Der Gehilfe bzw. sein Stellvertreter hat an den Revisionen des technischen Aufsichtsbeamten teilzunehmen. Wo bei einem Unternehmen zwei oder mehr Betriebsabteilungen mit eigenen Arbeiterausschüssen bestehen, gelten diese Betriebsabteilungen als selbständige Betriebe, für die ein besonderer Gehilfe bzw. Stellvertreter gewählt wird. Alle Wahlen gelten vorläufig auf ein Jahr. Der den Gehilfen bzw. Stellvertreter durch die Teilnahme an den Revisionen entgehende Arbeitsverdienst wird von dem betreffenden Betriebsunternehmer vergütet."

Wir bringen nun diesen Beschluß lediglich zur Information für unsere Kollegen; es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß den Steinarbeitern diese Lösung der Angelegenheit durchaus nicht genügt. Wir bestehen nach wie vor auf unserer Forderung, daß neben den technischen Aufsichtsbeamten Arbeiterkontrolleure dauernd tätig sind. Die maßgebenden Kreise in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hätten sicher ihre Sektionen nicht schlecht beraten, wenn sie die Erfüllung der Forderung voll und ganz empfohlen hätten. Schon mit Rücksicht auf die eingetretenen Veränderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in der Republik Deutschland und den einzelnen Volksstaaten kann man einen erweiterten Blick erwarten. Es erweckt den Anschein, als wenn man geradezu ängstlich bemüht ist, den Einfluß der Arbeiter auf diese Kontrolle nicht aufkommen zu lassen.

Die Forderung wird erfüllt, dessen können unsere Mitglieder und auch die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft versichert sein. Es ist eine Einrichtung, bei der die Steinarbeiter mit ihren gesunden Gliedern, ja mit ihrem Leben interessiert sind; Darum kann von dem gesteckten Ziel nicht abgewichen werden.

# Interesse an der sofortigen Einführung des freien Handels.

Als in Deutschland die Erkenntnis aufdämmerte, daß der Krieg länger dauern würde, wie ursprünglich angenommen, und als sich der Ring der Feinde immer fester um uns schloß, wurde man sich klar, daß das Reich mehr und mehr auf sich allein angewiesen war, und daß die in den Reichsgrenzen vorhandenen Vorräte an Lebensmittelbedürfnissen, wenn nicht der Starke alles an sich raffen durfte, während der wirtschaftlich Schwache darbte, nach einem strengen Rationierungsplan bewirtschaftet werden mußte. Es war das Fundament alles Staatswesens, die Gerechtigkeit, die zu dieser rationierten Wirtschaft führte. Rationierung bedeutet Zwang: für den Produzenten, der seine Produkte zu einem aus der Sachlage gerechtfertigten mäßigen Preise hergeben muß, und für den Konsumenten, der sich nicht mehr aneignen darf, als ihm nach dem Verteilungsprinzip zusteht. So widerspruchslos man das theoretische Prinzip der Gerechtigkeit hinnehmen mußte, so drückend wurde der Zwang in der Praxis empfunden, um so mehr, als sich erst einzelne, dann weitere Kreise skrupellos darüber hinwegsetzen. Die Produzenten liefern nicht alles ab und machten das Zurückgehaltene

# Eine Riesensprengung.

Am Schoriederberg bei Zürich wurde eine Sprengung vorgenommen, über deren gewaltige Wirkung der „Steinbruch" folgende Schilderung bringt:

Etwa 5 Kilometer westlich der Station Alpnach-Dorf, am rechten Gehänge des Schlierenbachtales, befindet sich ein Steinbruch, der ein ganz vorzügliches hartes Material, insbesondere für Pflastersteine, liefert. Unter den Füßen klirren die Steinscherben wie Porzellan, wenn man darüber hinschreitet. Dazu hat der Stein die höchst schätzenswerte Eigenschaft, daß er selbst bei härtester Abnutzung rauh bleibt, im Gegensatz von Basalt z. B., der sehr bald glatt wird, so daß die Hufeisen der Pferde kaum Halt mehr darauf finden. Um eine größere Masse dieses Materials auf einmal zu gewinnen, hat man in die Felswand des Steinbruchs einen Stollen von 20 Meter Länge getrieben und sein hinteres Ende, das eine kesselartige Vertiefung aufweist, mit 5000 Kilogramm Schwarzpulver und Aldorit angefüllt. Die Kosten dieser gewaltigen Ladung allein beliefen sich auf 18 000 Fr. Um das großartige Schauspiel dieser Riesensprengung im Bilde festzuhalten, begab sich ein Operateur der Filmwerke „Eos in Basel an Ort und Stelle, wo am 11. Juni die Sprengung erfolgte. Schon der Aufstieg unten von der Endstation der Drahtseilbahn aus bot viel des Interessanten. Der etwas holprige Fußweg führt unter das tief eingeschnittene Tal des Schlierenbaches, dessen Wasser unzählige Blöcke, Trümmer und Schutt hinabgewälzt hat. Einzelne besonders große Exemplare bestanden merkwürdigerweise aus Granit, stammen also aus den Zentralalpen und dürften in der Eiszeit durch die damaligen weitgehenden Gletscher [illegible] bis hierher geschoben sein. Punkt 3 Uhr gab der Sprengmeister das verabredete Zeichen zu der elektrischen Zündung. Als der letzte Hornstoß verhallt war, erbebte die Erde zu unseren Füßen — durch alle Glieder fuhr der furchtbare Ruck, und dann — welch ein Anblick! — barst die Felswand auseinander, schwarzer Rauch und Feuerstrahlen schossen daraus hervor, und gleichzeitig fiel die ganze ungeheure Steinmasse in sich zusammen, Tausende von Trümmerstücken zu Tal sendend. Der Donner der Explosion aber war nichts gegen das jetzt losbrechende ohrenbetäubende Getöse [illegible]. Eine kolossale Staubwolke hüllte bald den ganzen Berg ein und erst als sie sich verzogen hatte, sah man, welch eine Arbeit die Explosion gemacht hatte. Fortwährend „arbeitete" es noch an der Wand, immer wieder lösten sich noch Stein- und Schuttpartien los und stürzten, sich mehrfach überschlagend, mit furchtbarer Wucht in den tiefen Trümmerhaufen, der jetzt am Fuße der zerrissenen Felswand [illegible]. [illegible] hatten die 5000 Kilogramm Sprengstoff indessen noch nicht gewirkt. Eine mächtige Gesteinswand von wohl 30 Meter Höhe und 20 Meter Breite waren stehen geblieben. Aber tiefe Risse und Schründe durchzogen sie; durch und durch erschüttert, konnte sie unmöglich sich noch lange halten. Ein unheimliches dumpfes Dröhnen und Knacken in ihrem Innern ließ die Katastrophe voraussehen. Zwei Stunden später erfolgte sie. Der ganze noch stehende, enorme Felskomplex neigte sich langsam, sein Gefüge barst und abermals erfüllten stürzendes Gestein, Donnergetöse und aufsteigender Qualm die Stätte. Nun war der Erfolg ein vollständiger und die schweizerische Sprengtechnik konnte hier am Schoriederberg einen ihrer schönsten Triumphe feiern. Der Stollen war so angelegt, daß die Explosion hauptsächlich seitwärts, nach außen hin, wirken mußte, wo sie den geringsten Widerstand fand. Dadurch entstand ein tiefer Schlitz oder „Schram" wie der Bergmann sagt. Die ihrer Unterlage beraubten Felsmassen konnten sich nun nicht mehr halten und mußten zu „Bruch gehen". Lange Zeit danach noch roch das ganze Steinbruchgebiet nach Schwefelwasserstoffgas. Der Berg aber sieht ganz anders aus wie seit — sagen wir — 20 000 Jahren.

# Neue Kunst auf dem Nürnberger Südfriedhof.

In letzter Zeit wurde auf dem Südfriedhof die Arbeit für dessen Erweiterung durchgeführt: Die seit Dezember im Gang befindlichen Notstandsarbeiten, die 80 bis 90 Leuten durchschnittlich Beschäftigung gaben, sind soweit fortgeschritten, daß nun mit der Legung der Wasserleitung und daran anschließend mit der Wegbefestigung begonnen werden kann. Die Erd- und Rigolarbeiten zur Bepflanzung werden nebenbei fortgesetzt und dabei der seit Jahren bereitete Kehricht zur Bodenverbesserung verwendet. Eine Fläche von 3,5 Tagwerk konnte im letzten Frühjahr noch bepflanzt werden, so daß für die Weiterbelegung des Friedhofes doch wieder ein für alle Fälle ausreichender Gräbervorrat zur Verfügung steht, nachdem durch die Grippe-Epidemie seinerzeit unerwartet viele Gräber nötig geworden waren. Die vorläufig zum Ausbau gelangte Vergrößerung ist auf 18 bis 20 Tagwerk bemessen. Die Friedhofvergrößerung betrifft wie der Pegnitzdurchstich, die Dutzendteichregulierung usw. solche Notstandsarbeiten, für die die Stadt einen kleineren Teil der Ueberteuerung durch staatliche Zuschüsse Rückersatz erhält. Wenn die beabsichtigte Vergrößerung des Friedhofes durchgeführt ist, und dessen westliche Flächen angelegt und die nächste Vergrößerung wird in dem schönen Hochwald aufgenommen. Ein Rundgang durch den Friedhof, namentlich durch dessen Waldrandpartien, zeigt, daß die Verbesserung der Pflanzung durch Unterholz so gediehen ist, daß zahlreiche schön gelegene Grabstätten entstanden, die teilweise dem schönen Münchener Waldfriedhof nicht nachstehen. Erfreulicherweise hat auch die Grabmalkunst jetzt zur Vereinheitlichung des künstlerischen Gesamtbildes beigetragen. Ein besonders schönes Denkmal befindet sich seit kurzem links der großen Fontäne. Es stellt eine hohe stehende Figur eines Jünglings dar, der über ein abgeschlagenes Gorgonnenhaupt wegschreitet. Es stammt von Professor Eppinghaus in Berlin. Ganz in der Nähe befindet sich ein sehr stimmungsvolles, künstlerisch fein empfundenes Denkmal von Professor Heilmann (Nürnberg), das eine eigenartig aufgeführte Kreuzigungsdarstellung zeigt. Einfach gehalten, aber doch dem erstgenannten Denkmal in der Wirkung angepaßt, ist eine lediglich in architektonischen und ornamentalen Formen behandeltes Denkmal der Firma Weber hier.

Weitere gediegene Denkmäler in rein architektonischer Fassung sind ein größeres der Firma Seufert auf Guppe 6, dicht in der Nähe des letzterwähnten, und dann ein noch wesentlich schlichter gehaltenes auf Gruppe 7 von Bildhauer Zadow. Diese wenigen gediegenen Denkmäler befinden sich auf dem kleinen Weg vom Südwesteingang bis zur großen Fontäne vorhanden. Eine weit größere Auslese gediegener, geschmackvoller und vollendeter Denkmäler finden wir an den großen Umgangswegen an den Waldpartien vorbei. Und auch die dazwischen liegenden einzelnen Gruppen der Reihengräber weisen selbst bei Verwendung schlichtester Mittel eine Reihe gelungener und wertvoller Denkmale auf. Es zeigt sich, daß die beratende Einwirkung der Friedhofkommissionen doch allmählich sowohl bei den verschiedenen Grabsteinverfertigern als auch beim Publikum in richtiger Weise verstanden wird, denn es ist zweifellos eine bedeutende Besserung in Geschmack und Ausführung von jetzt gegen die Zeit vor zehn Jahren zu verspüren. Nicht unwesentlich zu dem stimmungsvollen Gesamtbild des Friedhofs hat die bisher beliebte ausschließliche Verwendung von Natursteinmaterial beigetragen. Von nun an soll ja auch Kunststein zugelassen werden. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß von tüchtigen Meistern auch in diesem Material ganz Hervorragendes geleistet werden kann, wie Beispiele auf dem Westund St. Johannisfriedhof zeigen. Auf diesen Friedhöfen sind aber auch gleichzeitig Beispiele zu sehen, wie Kunststein nicht sein soll. Möchte von solchen der Südfriedhof verschont bleiben und die Auftraggeber auch ferner, wenn irgend möglich, dem Naturgestein den Vorzug geben.

Auf dem Friedhof für die Gefallenen läßt die Belegung nach, so daß er bald abgeschlossen werden kann. An eine würdige und einheitliche Ausgestaltung desselben kann daher jetzt herangegangen werden. Was bisher zur schönen Ausgestaltung dieses Friedhofsteiles gemacht werden konnte, ist geschehen.

gegen hohe Preise zu Geld, und die wohlhabenden Konsumenten suchten hinterherum zu bekommen, was nur erreichbar war. So entwickelte sich ein ebenso blühender, wie heimtückischer Schleichhandel, dessen Verlockungen sowohl bei Produzenten und Konsumenten, als auch im Handel selbst solche Charaktere erlagen, denen man es in Friedenszeiten niemals zugetraut haben würde.

In weiten Kreisen empfand man mit immer stärkerem Widerwillen die Rationierung als einen überaus lästigen Zwang, und allmählich, gewährt nach einem zielbewußten Plan, den insbesondere die skrupellose Agrarierpresse verfolgte, entstand die Parole Nieder mit der Zwangswirtschaft! Die Idee der „gerechten Rationierung" ging dem Bewußtsein verloren, und allein das Zwangsmäßige wurde fortan betont. Die verantwortlichen Reichsstellen mußten angesichts der unerschütterbaren Tatsache, daß nicht genug Ware vorhanden, daß allein diese Warenknappheit der entscheidende Kern des Problems war, das höchste Maß von Festigkeit aufbieten, um den planmäßigen Ansturm der sogenannten Freunde des freien Handels abzuwehren. Bei diesem Kampfe hatten sie leider auch einen Teil der sogenannten „ehrbaren Kaufmannschaft" gegen sich, die der Ansicht war, daß sie leichter und billiger Waren vom Ausland hereinbekommen könne, als die behördlichen Einfuhrzentralen, und dabei vergaß, das einmal streng unterschieden werden mußte zwischen lebensnotwendigen Waren und weniger wesentlichen Artikeln, und daß zweitens die Bezahlungsfrage von der Reichsfinanzwirtschaft (Valuta) nicht zu trennen war. Die offiziellen Aufklärungsversuche waren vielfach in den Wind gegangen, und wenn man heute genau zusieht, sind es ganz bestimmte Kategorien, die ein Interesse an dem Sturz der zentralisierten Wirtschaft und an der sofortigen Einsetzung des freien Handels haben, obwohl auch sie ausnahmslos zugeben müssen, daß „allerdings" für Brot, Fleisch und Fett die Rationierung" beibehalten werden müsse.

Am sofortigen freien Handel haben ein ganz bestimmtes, und zwar kein ideales Interesse:

1. Alle Handelspersonen, die genau wissen, daß bis auf weiteres bei geschickter Disposition und rücksichtslosem Zufassen Millionengewinne gemacht werden können;

2. alle Warenbesitzer, die hoffen, daß sich der bestehende Warenmangel nicht im Handumdrehen beseitigen läßt, weil Mangel an Schiffsraum und Bahntransportmittel, Mangel an vollwertigen Zahlungsmitteln und die Entwertung des deutschen Geldes nur langsam einen flotten Warenverkehr erwarten lassen;

3. alle Schieber, die überzeugt sind, daß ihre unter den Zwangsverhältnissen glänzend ausgebaute Schiebertechnik zu neuen Triumphen führen würde;

4. alle ausländischen Warenagenten in der Gewißheit, daß sie ihre verlegenen Ladenhüter nirgends vorteilhafter unterbringen können, als in dem so ganz anspruchslos gewordenen deutschen Volke;

5. alle diejenigen Verbraucher, die sich nicht scheuen, deutsches Geld selbst für entbehrliche Luxuswaren nach dem Ausland gehen zu lassen, dort unsere Mark noch mehr entwerten und die Valutabemühungen der deutschen Finanzpolitik durchkreuzen. Alles in allem kann man nicht gerade sagen, daß es die edelsten Teile des deutschen Volkes sind, welche ohne Unterlaß nach der Einsetzung des „freien Handels" rufen. Die besonnenen und gewissenhaften Kenner der handelspolitischen Lage wissen nur zu genau, daß, so selbstverständlich wir uns alle in dem Wunsche nach Abbau der Zwangswirtschaft einig sind, dies nur geschehen kann unter gewissenhafter Berücksichtigung der Verhältnisse. Die sofortige Proklamierung des freien Handels würde das Deutsche Reich mit einem Schlage in einen inneren Wirtschaftskrieg stürzen, von dem sich jeder ein ungefähres Bild machen kann, wenn er zum Vergleich die bedauerlichen Vorgänge auf dem Eier-, Kirschen- und Frühgemüsemarkt heranzieht. Das „freie Spiel der Kräfte" würde sich nur in einem wahren Krieg aller gegen alle austoben.

# Distriktskonferenz für die Zahlstellen des Ruhrsandsteinbezirks.

Um eine Klarheit zu schaffen, ob zur Zeit die Möglichkeit besteht, einen Distriktstarif für die Ruhrsandsteinindustrie zu schaffen, fand am Sonntag, dem 13. Juli, in Witten eine Konferenz statt. Von den in Betracht kommenden Zahlstellen waren 15 Delegierte erschienen.

Kollege Metzger-Witten begrüßte die Delegierten und wünschte den Beratungen guten Erfolg. Als Vorsitzender wurde Kollege Metzger, als 2. Vorsitzender Kollege Rausch-Herdecke und als Schriftführer Kollege Depen-Altendorf gewählt.

Ueber den Zweck und die Bedeutung der Konferenz referierte Gauleiter Herrmann. Er gab zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Ruhrsandsteinindustrie. In früherer Zeit haben in den Steinbruchbetrieben tausende von Arbeitern Beschäftigung gefunden. Je mehr jedoch durch die Entwicklung des Eisenbahnbaues es möglich gewesen sei, billigeres Steinmaterial in die Städte zu bringen, war der Niedergang der Ruhrsandsteinindustrie zu konstatieren. Das Material ist sehr hart, die Bearbeitung von Werksteinen mithin wesentlich teurer, als bei den weicheren Steinsorten.

In den letzten 20 Jahren waren Lehrlinge in den Betrieben fast nicht mehr vorhanden, die jungen Leute fanden im Bergbau und der Eisenindustrie lohnendere Beschäftigung. Um die Betriebe aufrechtzuerhalten, beschäftigten die Unternehmer fremdländische Arbeiter, vornehmlich Italiener. Diese sind jedoch bei Kriegsausbruch fast alle in ihre Heimat abgereist. Zur Zeit sind nach einer Zusammenstellung 269 Arbeiter in den Ruhrsandsteinbetrieben beschäftigt, von denen 161 in unserem Verbande organisiert sind. Schon in Friedenszeiten sind Versuche unternommen worden, die italienischen Kollegen ebenfalls unserem Verbande zuzuführen, doch sei die Agitation sehr schwierig gewesen. Die Schaffung eines Distriktstarifes sei früher schon erwogen worden, es konnte aber ein Resultat nicht erzielt werden. Nur in den Zahlstellen: Herdecke, Mülheim a. Ruhr und Horst sind Lokaltarife zum Abschluß gekommen.

Kollege Herrmann spricht dann noch eingehend über die Schaffung des Distriktstarifes. Ob dies schon jetzt möglich sei, möge in der Diskussion erörtert werden.

Rausch-Herdecke: Die Zeit für den Bezirkstarif ist jetzt noch nicht da. Redner verliest dann die Positionen des Herdecker Tarifes. Eine Kündigung ist erfolgt, die neuen Forderungen werden demnächst den Unternehmern unterbreitet.

Kollege Kladders (Mülheim-Ruhr) verspricht sich mehr Erfolg bei örtlichen Abschlüssen, die Verschiedenartigkeit des Materials sei sehr groß.

Kollege Schlie-Witten: Die Verhältnisse in der Ruhrsandstein-Industrie sind zur Zeit nicht derart, um einen Distriktstarif abzuschließen. Tatsache sei, daß die Unternehmer dem Abschluß eines solchen zur Zeit günstig gesinnt sind. Wir haben erreicht, daß der Stundenlohn für Steinmetze 3.10 M. beträgt. Die andern Zahlstellen sollen auch diesen Lohnsatz fordern.

In ähnlichem Sinne sprechen noch die Kollegen: Bläser, Joost, Juli, Kellner und Stein.

Depen-Altendorf (Ruhr) gibt noch bekannt, daß alle Kollegen organisiert sind und die Lohnbewegung folgendes Ergebnis hatte: Pflastersteinhauer und Stößer erhalten einen Stundenlohn von 2.50 M., dazu eine tägliche Teuerungszulage von 2 M.

Steinbrucharbeiter: Stundenlohn 2.10 M., Teuerungszulage 1.75 Mark pro Tag.

Im Schlußworte ging Kollege Herrmann auf die Ausführungen der Redner noch ausführlich ein. Einstimmig wurde beschlossen, von der Schaffung eines Bezirkstarifes vorerst abzusehen. Die Zahlstellenverwaltungen haben wegen Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordpreise baldigst das Erforderliche zu veranlassen. Mit einem Schlußwort des Gauleiters wurde die Konferenz geschlossen.

Gottfried Depen, Schriftführer.

# Korrespondenzen.

**Löbau-Oybach.** In der am 7. Juli in Stadt Warschau stattgefundenen Versammlung berichteten der Kollege Mehrfort und Kollege Schwar über die mit dem Arbeitgeberverband gepflogenen Verhandlungen betreffs des Reichstarifs und machten uns mit den wichtigsten Punkten desselben bekannt. Das Verlangen unserer Vertreter, vom Akkordsystem überhaupt Abstand zu nehmen, scheiterte leider an dem hartnäckigen Festhalten der Arbeitgeber. Von nennenswerten Aufbesserungen ist leider nicht die Rede; mit den beiden Heilpflastern ist nichts getan. Es sind dies die Zuschläge für die Oberlausitz, sowie ein wackliger Vertröstungsparagraph (§ 45). Es liegt der Steinarbeiterschaft völlig fern, das jahrelange Bemühen unserer Verbandsleitung zu unterschätzen, aber die Enttäuschung über das Gesamtergebnis ist doch groß. Die Folgen dieses Fehlschlages werden sich in allerkürzester Zeit für den Verband unangenehm bemerkbar machen. Dem unterzeichneten Vertrage wird nur eine sehr kurze Lebensdauer beschieden sein. — Vor einem Jahrzehnt (?) hätte man sich mit solchem Resultate vielleicht zufriedengestellt und vertrösten lassen, aber in der Zeit der Weltenwende ist dies zur Unmöglichkeit geworden. Das rüstig fortschreitende Rad der Zeit wird alles, was sich hindernd in den Weg stellt, beiseite schleudern. Die Parole der Oberlausitzer Steinarbeiterschaft heißt, Beseitigung des ungerechten Akkordsystems. Ab 1. August wird ein Teuerungszuschlag von 20 Prozent gefordert.

**Leipzig.** Am 8. Juli fand im Volkshause eine schwachbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zuerst gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Er wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Dann berichtete der Vorsitzende über die stattgefundene Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Danach wurden wir mit unserer Forderung, den Zuschlag wie Dresden vom 1. Mai an zu erhalten, abgewiesen.

Auch die zweite Sache, Verweigerung der Leipziger Steinarbeiter in Akkord zu arbeiten, wurde zu unseren Ungunsten entschieden. Wir müssen deshalb vorläufig unter der Akkordarbeit weiterfronen bei einer Lohngarantie von nur 75 Prozent des Stundenlohnes. Es wurde deshalb beschlossen, sofort neue Forderungen zu stellen, weil bis 1. August die Lohnabmachungen überprüft werden sollen. Zur Hauptbedingung soll immer wieder allgemeiner Stundenlohn gefordert werden.

Nun wurden noch die Kollegen Kratz und Lemmel in die Bauarbeiterschutzkommission gewählt.

Ein Antrag der Marmorarbeiter, sich mit unserer Zahlstelle zu verschmelzen, wurde dem erweiterten Vorstand zur Beratung überwiesen.

**Duisburg.** Es wird uns geschrieben, daß der Kollege Ryswyk unter den paar Duisburger Kollegen emsig für den Anschluß an die „Freie Vereinigung" in Düsseldorf propagiert hat. Eine Versammlung, von dem Kollegen Hirschler einberufen, erklärte sich dann aber einstimmig für den Steinarbeiterverband. Ryswyk erklärte darauf seinen Austritt. Vorher hatte er noch einen Antrag eingebracht, für die Bergleute der Kommunistischen Partei 20 M. aus der Lokalkasse zu bewilligen. Der Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt. Solchen Wühlereien sollte in allen Orten mit dem nötigen Nachdruck entgegengearbeitet werden, so wie es in Duisburg geschehen ist.

**Reichenbach** i. Odenw. Die am 12. Juli im Gasthaus zum Schwanen tagende Mitgliederversammlung hätte, der wichtigen Tagesordnung halber, besser besucht sein können. Der Kassierer, Kollege Ludwig Bernhardt, gab zunächst die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Die Revisoren bekundeten, daß sich die Kassenbücher in bester Ordnung befinden und die Erledigung der Kassengeschäfte wie immer als sehr gut zu bezeichnen seien. Der Kollege Jakob Roth, als Delegierter bei den Reichstarifunterhandlungen, erstattete sodann einen eingehenden ausführlichen Bericht. Er betonte, daß es eine sehr schwere für beide Teile Arbeitgeber wie Arbeitnehmer anstrengende Arbeit gewesen sei. Zu begrüßen ist es, daß nunmehr in der Grabdenkmalindustrie etwas geschaffen worden ist, mit welchem die Kollegen des Odenwaldes zufrieden sein können. Obwohl der Entwurf immerhin noch Mängel aufweist, sollen diese aber durch praktische Mitarbeit der Kollegen allmählich behoben bzw. verbessert werden. Der Bericht über den Schleifertarif wurde, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, auf die nächste Versammlung zurückgestellt und dann über die beiderseitigen Ausführungen die Diskussion eröffnet werden. Zu Punkt: Wahl eines 2. Bürgermeisters (Beigeordneten) in der Gemeinde wurde bekanntgegeben, daß von seiten der Arbeiterschaft der Kollege Roth zum Kandidaten nominiert worden ist. Die Wahlarbeiten hierzu wurden erledigt und den Kollegen ans Herz gelegt, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, um dem Kandidaten der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen worden waren, wurde die Versammlung um 11½ Uhr abends geschlossen.

**Waldenburg (Oberschlesien).** Der Bildhauer Heilmann in Tarnowitz (Oberschlesien) sucht hin und wieder „tüchtige" Steinmetzen. Um nun die Kollegen, die evtl. auf sein Angebot reflektieren, zu warnen, gestatte ich mir folgende Feststellungen: Ich selber habe, allerdings nur kurze Zeit bei Herrn Heilmann gearbeitet. Die achtstündige Arbeitszeit erkennt derselbe aber nicht an. Schrifthauen zahlt er am liebsten im Akkord und zwar mit Vorzeichnen — für 35 Pf. Er ist dabei der Meinung, daß man mit 12stündiger Arbeitszeit mehr verdient wie in 8 Stunden. Auch die andern Arbeiten will er hauptsächlich im Akkord entlohnen; es kommt dann bei 12stündiger Arbeitszeit ein Tagesverdienst von 14—16 M. zustande. Also die neue Zeit existiert nicht bei Herrn Heilmann. Die paar Zeilen werden hoffentlich genügen, die Arbeitsangebote dieses Herrn abzulehnen. Mögen sich nur die unorganisierten Elemente, die im hiesigen Industriegebiet herumreisen und sich auch Schrifthauer nennen, damit abwürgen. Sie reisen von Ort zu Ort, hauen die Schrift zusammen und tauchen dann am andern Ort wieder auf.

Durch dieses Verhalten werden organisierte Kollegen unterdrückt. Die Arbeitgeber können sich dann damit brüsten, daß die Schrifthauer 25—30 M. pro Tag verdienen, nur wird dabei verschwiegen, daß durch die Ueberstunden bald zwei Tage entstehen. Auch die Fa. Rosental in Beuthen verfährt nach gleichem Muster. Als ich dort um Arbeit ansprach, sagte mir der Geschäftsführer, 2 M. Stundenlohn könne er nicht zahlen, aber durch längere Arbeitszeit wäre mehr zu verdienen. Ich habe natürlich darauf verzichtet. W.

# Rundschau.

**Reichenbach** i. Odw. Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen bei der Wahl eines zweiten Bürgermeisters. Der Kollege Jakob Roth wurde mit 403 Stimmen gegenüber dem früheren Inhaber dieses Postens und Kandidaten der bürgerlichen Parteien — Steinmetzmeister Ludwig Dube —, der 386 Stimmen auf sich vereinigte, gewählt. Die Wahl des Kollegen J. Roth freut auch uns. Er wird mit der ihm eigenen Sachlichkeit seine Funktion ausüben, dessen sind wir sicher.

**Süpplingen.** Unser Kollege F. Dreier, der in der Wohnung eines stillgelegten Betriebes wohnt, wurde am Mittag des 11. Juli während der Pause aus seiner Wohnung gerufen. Ein siebenjähriger Junge hatte mit einem Hunde am Rande des voll Wasser stehenden Betriebes gespielt. Der Hund sprang ins Wasser, der Junge aus Unvorsichtigkeit hinterher. Unser Kollege Dreier, der selber Vater von 8 Kindern ist, büßte bei dem Rettungsversuch sein Leben ein. Es ist dies für seine Familie eine schwerer Schlag. Sein ältester Sohn ist noch in Gefangenschaft. 5 Kinder sind noch unter 14 Jahren, das Jüngste ist ein halbes Jahr alt.

**Straßenpflaster aus Eisenbeton.** Wie „The Journal of Commerce", Liverpool, vom 19. Juni 1919 meldet, werden zur Zeit in Südengland eine Reihe von Versuchen mit Straßenpflasterungen verschiedenster Art angestellt. Nach der Auskleidung einzelner Straßenstrecken mit Kautschuk erprobt man jetzt eine Eisenbetonstraße. In den Vereinigten Staaten sollen diese Eisenbetonstraßen sehr befriedigend ausgefallen sein. Der Straßenverkehr in Großbritannien ist jedoch viel stärker, und deshalb sieht man den Erfahrungen, die man in Großbritannien hiermit machen wird, mit besonderem Interesse entgegen. Das für diese Versuchszwecke gewählte Straßenstück in einer Länge von 50 Yards befindet sich zwischen Bishopscourt und Springfield an der Landstraße von Chelmsford nach Colchester, in der Grafschaft Essex. Der alte Straßenbelag ist etwa ein Fuß tief weggeräumt worden. Zwei voneinander getrennte Schichten Beton sind an seine Stelle gebracht worden, getrennt durch ein Stahlnetz, das das Ganze zusammenhalten und verstärken soll. Nach Beendigung dieser Arbeiten soll die Oberfläche mit Teer besprengt und dann mit kleinkörnigem Schotter belegt werden. Bei günstigem Ausfall der Versuche beabsichtigt man, Eisenbeton zum Ausbau der Straßen in großem Maße zu benutzen, hauptsächlich für die Hauptstraßen, die aus London herausführen. Bei dem großen Mangel an Holz und Steinen ist man auf den Gedanken gekommen, mit diesem Eisenbeton Versuche anzustellen. Die Kosten hierfür werden von dem britischen Straßenbauamt getragen.

**Zur schwedischen Rohsteineinfuhr** berichtet der „Steinbildhauer", daß trotz der Blockade der deutschen Küste, die Zufuhr von Rohgraniten von der Firma Fernström, Karlshamm aufrechterhalten wurde. Zur Zeit sollen in Stettin wie auch in Wismar größere Menge der verschiedenen Materialien lagern. Die beschränkten Bahnbeförderungsmittel gestatten jedoch den Granitschleifereien noch nicht, damit besonders zu rechnen. Arbeiterforderungen in den in Frage stehenden Steinbrüchen Schwedens lassen übrigens die Aussicht für den Absatz des schwarzen Gesteins ungünstig erscheinen.

**Frau und Beruf.** Wiederholte statistische Untersuchungen haben ergeben, daß die Sterblichkeit der berufstätigen weiblichen Personen im Alter von 15—60 Jahren höher ist als die der nicht berufstätigen Frauen. Eine natürliche Folge der doppelten Aufgabe der Frau, der Berufs- und Geschlechtsleistung. Diese ungünstige Einwirkung der Erwerbsarbeit neben der Gattungstätigkeit ist zum Teil auch für die im allgemeinen höhere Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer der weiblichen Arbeiter gegenüber den männlichen anzuschuldigen. Da die Frauen bei der heutigen Wirtschaftsordnung zur Arbeit jeder Art, auch wenn sie ihrem besonderen Zustande zuwider ist, gezwungen sind, so wird diese traurige Lage der proletarischen Frau bleiben, wenn sich die Frau durch gewerkschaftliche Organisation nicht ein natürliches Arbeitsdasein erkämpft.

**Beruf und Sterblichkeit.** Es ist erwiesen, daß die arbeitende Bevölkerung gegenüber den übrigen Bevölkerungsschichten gesundheitlich beeinträchtigt ist. Allerdings trifft dies für die jugendlichen Arbeiter noch nicht zu. Ihre Lebensenergie vermag die Schäden der Berufsarbeit noch zu überwinden. Anders ist es aber in den Jahren über 20. So hatten z. B. die Leipziger Arbeiter im Alter von 20 bis 70 Jahren gegenüber der gleichaltrigen Reichsbevölkerung eine Uebersterblichkeit. Dasselbe beweisen uns Feststellungen, die in Berlin gemacht wurden. Die Sterbeziffern waren dort nämlich für die erwerbstätige Lebensperiode bei den Versicherten fast doppelt so hoch wie bei den nichtversicherten, besser situierten Männern. Besonders stark sind die Unterschiede bis zum 40. Lebensjahre. Und da ist man noch erstaunt, wenn das arbeitende Volk seine Lage zu bessern sucht? Eine unverantwortliche Unterlassung ihm selbst gegenüber begeht jeder, der nicht mit uns durch den gewerkschaftlichen Kampf zu einer besseren sozialen Welt strebt und damit zu einer allgemeinen Gesundheit aller.

**Volksfürsorge und Kriegsopfer.** Als vor jetzt fünf Jahren der Krieg ausbrach, stellte sich das junge Versicherungsunternehmen der deutschen Gewerkschaften und Konsumvereine, die Volksfürsorge, seine Einrichtungen zur Linderung der durch den Krieg heraufbeschworenen Not zur Verfügung. Es wurde eine Kriegsversicherungskasse gegründet, deren ganze Einnahme uneingeschränkt den Hinterbliebenen der Opfer des Krieges zugute kommen soll. Die Volksfürsorge stellte für diese Kriegsversicherungskasse ihre Verwaltungseinrichtungen uneigennützig zur Verfügung. Eine Kürzung der auf Anteilscheine eingegangenen Summe für Verwaltungskosten erfolgte nicht; die eingezahlte Summe wird vielmehr nach Beendigung der Wartezeit für die Anmeldung des Anspruchs, das ist drei Monate nach Friedensschluß, restlos nach dem Verhältnis der Zahl der verstorbenen Kriegsteilnehmer und der für sie entnommenen Anteilscheine aufgeteilt und an die Empfangsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Die auf Anteilscheine in der Kriegsversicherungskasse eingegangene Summe betrug bis Ende des Geschäftsjahres 459 515 M., wodurch 60 896 Personen mit 93 903 Anteilen versichert waren. Nach den bis zum 31. Dezember 1918 gemachten Mitteilungen waren von diesen Versicherten 2552 mit 5049 Anteilscheinen gestorben bzw. gefallen. An die Hinterbliebenen dieser gestorbenen Kriegsteilnehmer wurden in 794 Fällen für insgesamt 1717 Anteilscheine 42 910 M. als Vorauszahlung geleistet. Mit dieser Hilfe hat sich die Volksfürsorge ein großes Verdienst um manche hart getroffene Familie erworben.

**Die Arbeitsluft.** Nach einem Vortrage von Dr. Rosenfeld in der Sitzung der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur in Breslau hat sich der Medizinischen Klinik (1919, Nr. 9) zufolge die Widerstandsfähigkeit der Atmungsorgane im Kriege verringert. Dieses Moment spielt auch bei der Verbreitung der Influenza mit, die größere Sterblichkeit als 1890 aufwies. Die Zahl der Todesfälle der Atmungsorgane ist ferner ungeheuerlich gestiegen, von 240 in Friedenszeiten bis 340 im Jahre 1918 ohne die Influenza. Jeder 200. Breslauer ist der Hungerblockade zum Opfer gefallen. Das würde für das Reich 350 000 Menschen bedeuten (nach anderer Berechnung 760 000). Darum ist es jetzt eine wichtige soziale Aufgabe, für Verhältnisse zu sorgen, die die Widerstandsfähigkeit der Atmungsorgane wieder heben. Und hierfür ist ein wichtiges Moment, daß die Arbeitsräume hygienisch einwandfrei sind, daß sie nicht feucht, sondern sonnig sind und daß der Arbeitsstaub durch maschinelle Einrichtung unschädlich gemacht wird. Da der Profit aber durch derlei soziale Einrichtungen leidet, so ist ein volles hygienisches Arbeitsleben nur durch Kampf zu erwarten, wie wir ihn in unserer gewerkschaftlichen Organisation führen.

# Bekanntmachungen der Zahlstellen.

**Hamburg.** Die Steinbildhauer Hamburgs bitten die Steinmetzen aller Städte Deutschlands, die Bildhauer auf den Protestartikel in der Bildhauerzeitung hinzuweisen. Es handelt sich um die Urabstimmung der Uebertrittsfrage zum Holzarbeiter-Verband.

Der Obmann der Steinbildhauer. Albert Schichhold.

# Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es häufen sich die Anträge, daß bei der Durchführung von Teuerungszulagen die einzelnen Zahlstellen die entstandenen Kosten der Hauptkasse aufbürden möchten. Wir müssen betonen, daß alle diese Anträge zur Ablehnung gelangen, denn nur beim Abschluß von Bezirkstarifen ist die Hauptkasse verpflichtet, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die Kosten, die bei örtlichen Verhandlungen entstehen, haben die Zahlstellen selbst zu tragen.

Dasselbe trifft auch zu für die Vertretungen vor den Schlichtungsausschüssen.

•

Wir machen die Zahlstellen auf die Erhebung von Lokalbeiträgen erneut aufmerksam. Die Ortsverwaltungen haben die Verpflichtung in den Versammlungen dementsprechende Anträge zur Annahme bringen zu lassen. Der Lokalzuschlag soll wöchentlich mindestens 10 Pf. betragen.

•

In Unkenntnis der Dinge, senden die Zahlstellen bei Streiks nur selten die Wochenlisten ein. Geldsendungen aus der Hauptkasse gehen dann stets pünktlich ab, wenn die Wochenlisten eingesandt werden. Für die Streikenden muß es doch eine leichte Arbeit sein, diese Wochenlisten auszufertigen. Bei der Auszahlung der Streikunterstützung ist dies überdies seitens der Ortsverwaltungen die Zugehörigkeit zum Verband, soweit insbesondere eine monatlichige Mitgliedschaft in Frage kommt, genau zu prüfen.

•

Die Zahlstellen Kronach und Steinwiesen, bisher dem Gau VIII zugeteilt, sind nunmehr dem Fichtelgebirgsgau (VII) unterstellt.

•

Die Ortsverwaltungen werden erinnert, die erfüllten Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse in Abschrift einsenden zu wollen.

•

Der Reichslohntarif für Schleifereien [illegible] betreffenden Zahlstellen in 1–3 Exemplaren zugegangen. Der endgültige Druck kann erst erfolgen, wenn vor dem Reichsarbeits-

ministerium die Ortszuschläge festgesetzt sind. Im übrigen ersuchen wir, das den Tarifen beigelegte Zirkular recht eingehend lesen zu wollen.

Die Zahlstellen **Bruckmühl** ist bezüglich der Ortszuschläge in die 2. Lohnklasse eingereiht worden. Die Einrangierung in Lohnklasse 1 geschah in Leipzig nur mit Vorbehalt.

Auf mehrmalige Anfragen hin sei erklärt, daß das umfangreiche Protokoll über die Reichstarifverhandlungen zu Leipzig **nicht** gedruckt werden kann. Die Druckkosten stellen sich zu hoch.

*

**Betrifft Delegation:** Es ist dem Verbandsvorstand unmöglich, wie es in der letzten Zeit häufig gewünscht wurde, sich auf Bezirkskonferenzen vertreten zu lassen. Jetzt heißt es, mit Hochdruck die Teuerungszulagenbewegungen und den Reichstarif durchzuführen.

*

Zu den Verhandlungen über die Teuerungszulagen entsenden die Zahlstellen in den meisten Fällen zu starke Vertretungen, die Ortskassen werden dadurch enorm belastet. Zu solchen Verhandlungen muß man Leute mit Verantwortungsgefühl entsenden, die große Zahl der Vertreter entbindet aber meist von der Verantwortung.

## Adressenänderungen.

**II. Gau.**

**Mauer** a. Bober. Vors.: Hermann Pätzold; Kass.: Friedrich Schnabel, Oberlangenau, Kr. Löwenberg.

**III. Gau.**

**Geising** (Erzgeb.) Vors. und Kass.: Gotthelf Bohlau, Lauenstein (Erzgeb.).

**Langensalza.** Vors.: Richard Bloß, Ufhoven b. Langensalza, Mühltor 4.

**IV. Gau.**

**Grevenhorst.** Kass.: Franz Jansen, Riesenbeck i. W., Dorf Nr. 36.

**V. Gau.**

**Enspel.** Vors.: Wilhelm Sandt, Lochum, Post Langenhahn, Westerwald.

**VI. Gau.**

**Albersweiler** (Rheinpfalz). Vors.: Johann Schwarz; Kass.: Philipp Schumb.

**VII. Gau.**

**Windischeschenbach** (Oberpfalz). Vors.: J. B. Lachner; Kass.: Joseph Heimerl.

**VIII. Gau.**

**Miltenberg.** Vors. und Kass.: Heinrich Eich, Hauptstr. 370.

## Briefkasten.

**Redaktionsschluß ist stets Montags mittag. Mit wichtigen Mitteilungen warte man also nicht bis kurz vor Redaktionsschluß, sondern berichte sofort und beschreibe immer nur eine Seite.**

*

**An die Zahlstellen, die es angeht! Es werden in letzter Zeit wiederholt italienische Zeitungen verlangt, wie vor der Kriegszeit: es diene zur Kenntnis, daß fremdsprachige Zeitungen nicht mehr ausgegeben werden. — Elberfeld.** B. So hat die Sache schon ein anderes Gesicht: in nächster Nr. wird es aufgenommen, für diesmal langt es nicht mehr. Gruß. — **Häslicht.** Schles. P. Die Adresse unserer Redaktion ist Leipzig, Zeitzer Str. 32 IV (Volkshaus). Der letzte Brief war Königstraße adressiert. Wenn die fehlenden Berichte euch so falsch adressiert waren, dann ist es erklärlich, daß sie fehlen.

*

**Steinarbeiter-Empfänger im besetzten Gebiet! Die Zeitungen für das besetzte Gebiet werden von Köln a. Rh. versandt. Etwaige Mehrbestellungen richte man so lange, wie der direkte Postverkehr nicht freigegeben ist, an den Kollegen Nikolaus Knopp, Köln, Pfeilstr. 37, der von dort aus den Versand übernommen hat.**

*

☛ **Einige Versammlungsberichte mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.**

## Quittung.

Vom 29. Juni bis 22. Juli 1919 sind bei der Hauptkasse folgende Gelder eingegangen:

Meißen (Thümer) 10.—, Herrenheide 352.—, Eberbach 176.—, Gummersbach 960.—, Stockheim 10.20, Leipzig I 821.55, Gelsenkirchen 50.—, Zolda 10.—, Freiberg i. S. 10.—, Markneukirchen 10.40, Lübeck Inf. 4.20, Herdecke Inf. 12.60, Zöblitz Inf. 9.—, Heidelberg 9.80, Nieder-Schreiberhau 13.50, Rendsburg 5.60, Hadersleben 40.50, Klötze 10.—, Memmingen 21.50, Dippoldiswalde 10.50, Hauzenberg 675.07, Hohenleuben 506.47, Königsbrück 500.—, Lauban 555.32, Maroldsweisach 193.34, Ober-Ruia 149.24, Solnhofen 376.24, München 226.15, Mosheim 443.24, Meißen II 350.—, Königswalde 293.40, Kamenz 1029.—, Kronach 196.70, Hamburg 1607.79, Frankfurt a. O. 209.75, Adelebsen 1106.50, Neustadt a. A. 31.—, Havelberg 4.—, Wriezen 5.—, Häslicht 300.—, Lunzenau 100.—, Bromberg 207.85, Wildschütz 750.31, Trossenfurt 179.96, Steinach 2398.46, Selb 384.22, Rattenbauer 319.70, Roth (Dillkr.) 500.—, Oberdachstetten 76.41, Nordheim 76.78, Minden 63.53, Kürnbach 179.86, Herford 155.—, Großschlattengrün 159.90, Wölferbütt 718.85, Göttingen 167.56, Grimma 58.46, Erlenbach 57.20, Crailsheim 14.22, Bochum 66.54, Bayreuth 51.96, Arnstadt 36.70, Leibersteen 10.—, Kelheim 15.20, Pölzig 9.—, Olbernhau 5.—, Falkenberg 10.—, Gönnern 4.—, [illegible] 4.80, Hirschberg Inf. 1.20, Köln I 140.—, Bamberg 296.25, Geersdorf 173.06, Augsberg 131.58, [illegible] 97.71, [illegible] 275.39, Schwerin 38.46, [illegible] 759.17, [illegible] 240.80, [illegible] 31.60, Ziegelanger 1182.07, Unternesselbach 14.30, Speyer 176.54, Darmstadt 27.80, Mittelsteine 13.—, [illegible] 13.—, [illegible] Inf. 14.70, Kiel Inf. 15.—, Cöpitz [illegible], [illegible] Inf. [illegible], [illegible] Inf. 3.—, Bernburg [illegible], [illegible] 345.39, [illegible] 247.73, Hofermühle 100.—, [illegible] 514.65, [illegible], Jöhstadt 492.06, [illegible] 966.36, [illegible], [illegible] 167.61, [illegible] 624.—, Langfurt 403.56, [illegible], [illegible] 167.55, [illegible] 59.62, Gera 125.57, Eckartshausen [illegible], [illegible] Grünendorf 251.79, Chemnitz 150.05, [illegible] Inf. [illegible], [illegible] Inf. [illegible], [illegible] Inf. 19.50, Stettin Inf. [illegible], Leipzig II 212.10, Suhl [illegible] 3.—, Liebau 11.—, [illegible] Inf. [illegible] Inf. 4.50, Hoyerswerda 11.50, [illegible] i. Schl. 4.06, [illegible] 6.—, [illegible] 4.—, [illegible] 10.—, [illegible] 10.40, Hadsar 15.—, [illegible] Inf. 3.70, Breslau 756.22, [illegible] 150.79, Großheubach 92.—, Halle [illegible] 522.79, [illegible] 369.16, Karlsleuthen 309.15, [illegible] 129.36, Pforzheim 122.28, [illegible] 66.50, Sparneck [illegible], Schriesheim 82.54, [illegible] Inf. [illegible], Liegnitz 423.01, Heppenheim 322.11, [illegible] 117.92, Amorbach 17.90, Brandenburg [illegible] 115.65, Eichershausen 254.—, Freiburg a. U. [illegible], Grabenborn 168.05, Häslich 454.56, [illegible] 269.07, Jcheln 757.72, Nürnberg [illegible] 247.72, Offenburg 30.26, Rotted [illegible], Schopfloch [illegible], Strehlen 4761.71, [illegible] 70.—, Weiterode 700.—, Wermsdorf [illegible], Karel 5.—, [illegible] 4.50, [illegible] 27.—, Wismar 5.—, Warendorf 19.—, [illegible] 11.70, Wolfshagen 767.66, Wetzlar [illegible], [illegible] 106.43, [illegible] 42.85, [illegible] 132.16, [illegible] Cunnig 147.12, Osterode 501.52, [illegible] 19.—, Schwarzhammer 116.96, [illegible] 625.16, [illegible] 136.30, [illegible] 44.16, [illegible] 518.46, Berberich [illegible], [illegible] 216.50, Eisleben 327.56, [illegible] 10.—, Lochen Inf. 8.40, Geher 191.18, Duisburg 335.85, Unternesselbach 14.50, Wiesbaden 200.—, Weißenfels 173.82, Völkershausen 370.—, Striegau 8180.46, Schmalkalden 123.26, Linz 261.06, Langenaltheim 445.56, Königswalde 48.15, Kiel 97.—, Höpfingen 94.74, Eckartshausen 15.—, Eisenach 106.69, Eiterhagen 701.06, Eberbach Bd. 226.92, Düsseldorf 489.82, Dossenheim 37.81, Köln I 500.—, Zittersbach 106.24, Altwarthau 200.—, Königshain 0.60, Obereitenau 14.60, Stade 1.50, Zittau 0.50, Wolgast 3.70, Chemnitz Inf. 5.—, Striegau (Seifert) 8.—, Treuchtlingen 577.05, Randersacker 772.54, Mülbach 255.48, Langelsheim 37.20, Lutter 54.—, Königshain 1328.31, Kruft 579.75, Hofermühle 80.—, Häslich 4610.51, Eschenstruth 275.42, Dübelsheim 150.—, Friedenfels 275.60, Bautzen 1122.82, Berneck 266.80, Fürstenstein 924.46, Frankfurt a. O. 56.70, Gahma 120.80, Gelsenkirchen 54.42, Häslich 30.—, Heigenbrücken 12.61, Kembach 15.75, Königslutter 73.—, Karlsruhe 1145.03, Maroldsweisach 169.42, Meißen I 333.86, Niederlamitz 487.71, Osterwald 122.26, Oberpeilau 900.82, Obereschenbach 348.63, Reichenbach 1190.08, Saalburg 591.16, Stadtprozelten 22.90, Wenig-Rackwitz 242.—, Oberndorf 5.—, Burg Inf. 4.20, Halberstadt Inf. 4.90, Halle Inf. 3.50, Karlsruhe Inf. 11.20, Stralsund 59.50, Mülheim 51.04, Plauen 156.16, Gleichamberg 50.—, Ansbach 43.12, Allendorf 161.18, Breitenborn 200.—, Gotha 506.54, Gruitten 1050.30, Hasserode 1876.28, Hemsbach 194.34, Hauswinkel 153.55, Herford 6.20, Lüneburg 90.26, Neumark 270.50, Roth a. S. 100.35, Römhild 108.41, Sebnitz 151.80, Selbitz 181.92, Stuttgart 220.05, Treuen 9.30, Wurzen 3100.—, Zinhain 1276.21, Köln II 88.74, Coblenz 193.04, Solingen 159.12, Schüren 6034.—, Angermünde Inf. 3.50, Crimmitschau 10.—, Schramberg 10.—, Calau Inf. 4.20 und 10.—, Varel Inf. 3.50, Osnabrück Inf. 4.90, Friedberg Inf. 12.60, Hirschberg Inf. 3.50, Lübbecke Inf. 9.80, Aue 244.82, Flechtingen 118.60, Bamberg 225.—, Deutmannsdorf 407.28, Ebersbach i. S. 413.18, Fürsteneck 20.—, Grimma 22.—, Heppenheim 7.—, Hasenthal 182.40, Jannowitz 395.02, Ibbenbüren 197.42, Kaltennordheim 113.08, Neuhaus 330.68, Rimbach 314.14, Schwebenried 106.06, Waren 103.26, Wiegersdorf 189.47, Zwingenberg 280.—, Niederlinda 416.62, Danzig 101.76, Jever Inf. 9.80, Groß-Kunzendorf 20.—, Calau (Mondorf) 5.—, Beucha 2401.45, Asbach 22.—, Dessau 130.26, Frickenhausen 196.34, Grünsdorf 156.94, Gommern 697.55, Greiffenberg 597.07, Halberstadt 53.80, Kupferdreh 333.36, Lützschenbach 907.16, Meißen II 338.58, Mühlhausen i. Thür. 457.60, Marktbreit 233.02, Oschatz 259.—, Ostritz 221.36, Reinheim 251.06, Ruhmannsfelden 608.38, Rinchnach 83.96, Seebach 549.54, Tübingen 20.—, Ueberlingen 19.40, Wriezen 16.—, Minden 7.04, Briesen Inf. 7.—, Berlin Inf. 12.60, Prölsdorf 4.—, Goldberg 198.40, Bonn 200.—, Braunlage 533.04, Crawinkel 115.—, Dietenhan 21.58, Eibelstadt 100.—, Edenstetten 346.96, Ibbenbüren 14.—, Metten 263.59, Magdeburg 325.74, Winterhausen 334.55, Ulm 990.20, Frankfurt a. O. Inf. 3.50, Theinheim 8.—, Illertissen 9.—, Hoyerswerda 9.—, Forst 25.—, Altredewitz 15.—, Lehe Inf. 8.95, Wünschelburg 589.92, Wulsdorf 123.60, Wellerode 327.23, Ströbel 3041.87, Nördlingen 102.10, Neuenstein 86.85, Naumburg 17.20, Neustift 97.90, Kappelrodeck 552.68, Kirschhausen 1231.91, Kirchberg 1346.92, Hildesheim 157.52, Großhartmannsdorf 1188.78, Floß 1272.86, Demitz 3472.45, Bürgstädt 322.24, Bad Aibling 109.02, Arnsdorf 972.32, Bensheim 2123.67, Breitenborn 72.02, Coburg 38.20, Elberfeld 91.82, Elkenroth 143.08, Endenbach 776.64, Immendingen 308.—, Kreuznach 100.88, Kirchheim 654.48, Trossenfurt 125.62, Weißenburg 5.75, Triebel Inf. 12.60, Groß-Lafferde Inf. 4.90, Stettin Inf. 9.80, Osnabrück 459.10, Steinwiesen 89.40, Einbeck 314.26, Cunnewalde 527.84, Bunzlau 22.—, Gummersbach 1888.97, Weinböhla 9.15, Memmingen 20.—, Sorau 30.50, Bühl Inf. 8.40, Niedermendig 1.60, Bruckmühl 92.24, Ebendorf 55.26, Kesselbach 143.50, Obermörlen 26.80, Pilgramsdorf 404.70, Quentel 51.08, Reistenhausen 218.70, Römhild 75.—, Tröstau 396.78, Westerode 236.80, Zwickau 160.68, Ziegelanger 454.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Literarisches.

**Auskunft-Kartei des Arbeitsrechts.** Stuttgart 1919. Volksverlag für Politik und Verkehr. Einzelheft 2.75 M. Abonnementspreis je 2.25 M.

Das gesamte Arbeitsrecht ist jetzt in der Umgestaltung begriffen. In all dem Raschlebigen und Raschüberlebten sich zurechtzufinden, ist sehr schwer. Bis das Arbeitsrecht seine endgültige Regelung durch ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch erhalten wird, vergehen noch Monate, vielleicht Jahre. Inzwischen sind sich der Arbeiter, der Gewerkschaftler, die Mitglieder von Arbeiterausschüssen usw. im unklaren, was gilt nun eigentlich Rechtens und was nicht. Die Verordnungen häufen und verändern sich zu sehr. Gerade dem Arbeiter muß aber eine schnelle und gute Orientierung am Herzen liegen. Diese Lücke füllt nun die „Auskunft-Kartei des Arbeitsrechts" aus, denn sie ermöglicht dem Arbeiter, besonders den Mitgliedern der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und den Gewerkschaftlern, sich ständig über alle Veränderungen stets sofort auf dem Laufenden zu erhalten. Alle 3—6 Wochen, sowie sofort bei Erscheinen neuer Gesetze, Verordnungen, Gutachten, Urteile usw. kommen Nachtragslieferungen heraus, die sofort das Neueste bringen. Die Lieferungen sind so praktisch eingerichtet, daß die einzelnen Blätter als Karteikarten nach dem ABC der Ueberschriften in einem praktischen Sammelkasten aufbewahrt werden können. Nicht nur dadurch wird sofortige Selbstauskunft über Fragen des Arbeitsrechts ermöglicht, sondern auch durch die übersichtliche Satzanordnung und Gliederung der einzelnen Karteikarten. Die volkstümliche, ernste Sprache des Werkes, die sich von jedem juristischen Fachausdruck fernhält, gestattet auch dem Nichtjuristen sofortiges Verständnis dieser schwierigen Fragen. **Als Selbstunterrichtswerk ist es daher vorzüglich geeignet. Für jeden Gewerkschaftler und Arbeiter ist das Werk ein wertvolles Bildungs- und Hilfsmittel,** dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist. Abonnements nimmt jede Parteibuchhandlung entgegen, von der auch Prospekte und Ansichtshefte zu bekommen sind. (Siehe auch Inserat.)

## Anzeigen


**Schriftzeichnerei!** Giessen (Hessen), Licher-Str. 37.

**Steinhauer, Stößer und Kipper**
stellt ein
**Mülheimer Ruhrsandstein- u. Ziegelwerke Wilh. Rauen**
Mülheim-Ruhr-Broich, Holzstraße 23.

**Hand- und Maschinenschleifer**
sucht
**Georg Wolf,** Granitwerk, **Meißen-Zscheila.**

**Marmormaschinenschleifer,**
**Marmorsäger, Schrifthauer,**
**Steinmetzen, Granitschleifer,**
werden in dauernde Stellung gesucht. Der Wohnungsnot halber wollen sich nur Unverheiratete melden.
**Stettiner Steinindustrie G. m. b. H. Stettin**

**Tüchtigen Schleifer**
(für Rundschleifmaschine) im Schleifen von Granit, Marmor und Kunststein bewandert, bei Mark 2.— Stundenlohn, sucht
**Joh. Kaminski,** Grabsteinfabrik, **Briesen** Wpr.

**Steinhauerknüppel**
aus Buchenholz, **Steinhauer-Bleistifte, Meter** sowie sämtliche Werkzeuge für Steinhauer, **Karborundum** liefert billig
**Willy Leuthold,** Osnabrück, Joh.-Freiheit 8.

**Tüchtige Steinhauer**
**auf Denkmalsarbeit** zum sofortigen Eintritt gesucht. Auskunft durch
**Betriebsleiter Haßfürther in Ruhmannsfelden (Bay.).**

Suche auf sofort:
**2 tücht. Steinmetzen sowie 1 Schrifthauer**
f. dauernde Arbeit. Stundenlohn 2.40 M. Kost u. Wohnung vorh.
**W. Brüning,** Grabsteingeschäft, **Osnabrück**
Bohmter Straße 52c.

**Tüchtige Steinmetzen**
**auf Grabmalsarbeiten** suchen in angenehme, dauernde Stellung
**Goede & Schiele, Stein- und Bildhauerei, Grimma i. S.**

**Steinmetzen**
auf Grabmal stellt ein
**A. Böseler,** Varel i. Oldbg., am Friedhof.

**Junger Steinmetz**
auf Grabsteinarbeit bei hohem Lohn sofort für dauernd gesucht.
**Georg Kleinschmidt, Triebel N.-L.**

**Einige tüchtige Steinhauer**
für dauernd gesucht.
**C. Koch, Bildhauerei, Göttingen.**

**Tüchtige Steinmetzen**
auf Denkmäler in Kalkstein bei Tariflohn stellt ein
**L. Pfitzner, Aschersleben a. H.**

Zu möglichst baldigem Antritt suche **1 Steinmetz** für Granit u. Muschelkalk, sauberer Schrifthauer bevorzugt. Reflektiert wird nur auf erfahrene, zuverlässige Kraft in dauernde Stellung. Gefl. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnansprüchen erbeten.
**Wismar a. d. Ostsee. Fr. Lorenz.**

**A-B-C des Arbeiterrechts zum Selbstunterricht!**
*Jeder Arbeiter, besonders Mitglieder von Arbeiterausschüssen, Gewerkschaftler usw. muß jetzt seine Rechte genau kennen und immer über das Neueste unterrichtet sein. Als Nachschlagewerk für jeden Gewerkschaftsbeamten, Arbeitersekretär usw. sowie als volkstümliches und praktisches Selbstunterrichtswerk für jeden Arbeiter ermöglicht dies jedem Vorwärtsstrebenden*
**die Auskunft-Kartei des Arbeitsrechts**
Abonnementspreis **2.25 M.** für 16 Kartei-Karten. Ansichtshefte unverbindlich. :-: Alle 3 bis 6 Wochen ein Heft mit 16 Karteikarten. Bei Neuerungen sofort!
Verlangen Sie Prospekt vom Volksverlag für Politik und Verkehr, Stuttgart, Pfizerstraße 57.

**Granitsteinmetzen**
für Denkmalsarbeit (dauernde Beschäftigung), desgl. **1 Werkzeugschmied** sucht
**A. Weyler, Hirschberg i. Schl.**

Ein tüchtiger
**energischer Steinbruchmeister**
sucht zum 1. September anderweitig Stellung.
Angeb. unter Nr. 1000 ds. Zt.

**Steinmetzgehilfe**
für Grabsteinarbeit und Schrifthauen sofort bei gutem Lohn gesucht.
**H. Kröger, Bild- und Steinhauerei, Schwerin i. M.**
Wallstraße 50.


**Berlin.** Donnerstag, den 7. August 1919, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelufer 15, gr. Saal:
**Kombinierte Versammlung.**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kano, über Arbeitsgemeinschaft und Rätesystem. 2. Abrechnung vom II. Quartal. 3. Verschiedenes.
**Die Ortsverwaltung.**

**Nachruf!**

Am 11. Juli 1919 verunglückte bei der Rettung eines Kindes unser Kollege

**F. Dreier.**

Wir verlieren in dem verunglückten Kollegen ein treues Mitglied unserer Zahlstelle.

Ehre seinem Andenken.

Die Verwaltung der Zahlstelle **Süplingen.**

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Gommern** am 8. Juli die Pflastersteinarbeiter **Friedrich Lahne,** 50 Jahre alt und **Karl Dittmann,** 37 Jahre alt, beide an Lungentuberkulose.

In **Magdeburg** am 8. Juli der Sandsteinmetz **Wilh. Schumann,** 57 Jahre alt, an Lungenbluten.

In **Demitz** am 10. Juli der Pflastersteinmacher **Otto Mandel,** 49 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Kupferdreh** am 10. Juli der Sandsteinmetz **J. Gouwern,** 66 Jahre alt, an Lungenkrankheit.

In **Nürnberg** am 12. Juli der Sandsteinmetz **Wolfgang Kürzinger,** 47 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Marktleuthen** am 19. Juli der Granitsteinmetz **Andreas Bauer,** 17 Jahre alt, an Lungenleiden. Ebendaselbst am 21. Juli der Granitsteinmetz **Kasper Dörnhöfer,** 41 Jahre alt, an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!


Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Verlag von Alois Staudinger, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse" Leipzig, Königstraße 5.